

19. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gunnar Lindemann (AfD)**

vom 5. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. Juni 2025)

zum Thema:

**Sexualdelikt in den Ahrensfelder Bergen in Marzahn am Montag, 2.6.2025**

und **Antwort** vom 13. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Juni 2025)

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22804

vom 5. Juni 2025

über Sexualdelikt in den Ahrensfelder Bergen in Marzahn am Montag, 2.6.2025

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Anfrage betrifft laufende Ermittlungen. Aussagen zu diesen sind grundsätzlich nur in äußerst eingeschränktem Maße unter Schutz des Verfahrens und der Rechte Beteiligter (Opfer, Zeuginnen und Zeugen etc.) möglich.

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der Ermittlungen?

Zu 1.:

Die Ermittlungen zu strafrechtlich relevanten Sachverhalten dauern derzeit noch an.

2. Weshalb gibt es bisher keine Öffentlichkeitsfahndung der Polizei Berlin, z.B. mit Phantombildern oder einer konkreten Täterbeschreibung?

Zu 2.:

Es wird auf die Antwort zur Frage 1 verwiesen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen keine konkreten Hinweise auf eine Beteiligung Dritter vor.

3. Welche Erkenntnisse gibt es derzeit über den Täter?
4. Handelt es sich bei dem Täter möglicherweise um eine Person mit Migrationshintergrund?

Zu 3. und 4.:

Es wird auf die Beantwortung zu Frage 1 und 2 verwiesen.

5. Gibt es Zusammenhänge mit den im Umfeld der Ahrensfelder Berge geschaffenen Asylunterkünften am Blumberger Damm oder in der Wittenberger Straße?

Zu 5.:

Nach aktuellem Stand der Ermittlungen nicht.

6. Wie beabsichtigt die Polizei Berlin zukünftig die Marzahner Bevölkerung zu schützen?
7. Wie beabsichtigt der Senat zukünftig die Marzahner Bevölkerung zu schützen?

Zu 6. und 7.:

Der Schutz der Bevölkerung und die Steigerung der subjektiven Sicherheit haben oberste Priorität. Es besteht derzeit kein Anlass, die bestehenden Strukturen, Maßnahmen und Sicherheitskonzepte zu verändern.

Berlin, den 13. Juni 2025

In Vertretung

Christian Hochgrebe  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport